

**NIEDERSCHRIFT  
ZUR SITZUNG DES  
RATES**

**Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:  
35. Rat 2009-2014  
Sitzungsdatum:  
18.07.2013**

**Niederschrift**

Übach-Palenberg, den 18.07.2013

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch versammelte sich heute um 18:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

**Rat der Stadt Übach-Palenberg**

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

**Tagesordnung**

**A) Öffentliche Sitzung**

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 05.06.2013
2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 29.11.2012 aus öffentlicher Sitzung
3. 4. Tätigkeitsbericht der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Übach-Palenberg
4. Bestellung eines Vertreters der evangelischen Kirche für den Ausschuss für Soziales, Bildung und Kultur
5. Änderung der Richtlinie zur Verleihung des Kunst- und Kulturpreises der Stadt Übach-Palenberg
6. 45. Änderung des Flächennutzungsplanes  
hier: Berichtigung des Flächennutzungsplanes gem. § 13 a Abs. 2 BauGB im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 95 - Marienstraße - 1. Änderung
7. Umsetzung des Haushaltssanierungsplanes; hier: aktueller Umsetzungsstand
8. Antrag der UWG-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 05.06.2013 betr. Änderung der Satzung der Stadt Übach-Palenberg über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Entwässerungssatzung), hier: § 14 (Dichtheitsprüfung bei privaten Abwasserleitungen)
9. Antrag der UWG-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 05.06.2013 betr. Änderung der Satzung der Stadt Übach-Palenberg über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Entwässerungssatzung), hier: § 12 (Ausführung und Anschlussleitungen)
10. Antrag der UWG-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 06.06.2013 betr. Änderung des Stellenplans 2013
11. Erweiterungen zur Tagesordnung

- 11.1 Zeitplan für die Feststellung von Jahresabschlüssen
- 12. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
- 13. Bericht des Kämmerers zur Finanzlage der Stadt Übach-Palenberg

**B) Nichtöffentliche Sitzung**

- 14. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 29.11.2012 aus nichtöffentlicher Sitzung
- 15. Genehmigung der Vorschlagsliste für die Wahl der Haupt- und Hilfsschöffen für die Geschäftsjahre 2014-2018
- 16. Vertragsangelegenheit
- 16.1 Zusatzvertrag zum Endausbau eines Teilstücks der Calvinstraße
- 17. Vergabeangelegenheiten
- 17.1 Vergabe von Entsorgungsdienstleistungen in der Stadt Übach-Palenberg
- 17.2 Vergabe der Stromkonzession für das Gebiet der Stadt Übach-Palenberg
- 18. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 18.1 Kommunalen 2-Achs-Kipper mit Ladekran
- 18.2 Verkauf der Grundstücke Flur 16 Nrn. 997, 1180 und 1612, Burgstraße
- 18.3 Veräußerung von Teilflächen der Grundstücke Flur 14, Nrn. 633 u. 416
- 19. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Es waren anwesend:

**Stadtverordnete**

Frau Brigitte Appelrath	B'90/Die Grünen
Frau Bärbel Bartel	SPD
Herr Franz Bergstein	UWG
Herr Wolfgang Bien	UWG
Herr Rudolf Burbaum	SPD
Frau Martina Czervan-Quintana Schmidt	CDU
Herr Herbert Fibus	SPD
Herr Fred Fröschen	CDU
Herr Josef Fröschen	CDU
Herr Peter Fröschen	CDU
Herr Herbert Görtz	CDU
Herr Gerhard Gudduschat	CDU

Herr Wolfgang Gudduschat	FDP-HM
Herr Walter Junker	CDU
Herr Heinz König	CDU
Frau Norma Kuhlmeier	SPD
Herr Dieter Kunath	SPD
Herr René Langa	CDU
Herr Herbert Mlaker	FDP-HM
Herr Hans-Georg Overländer	SPD
Frau Eva Maria Piez	SPD
Herr Rainer Reißmayer	B'90/Die Grünen
Herr Dieter Sarasa	UWG
Herr Wolfgang Schneider	SPD
Frau Christa Thar-Hennes	UWG
Herr Oliver Walther	CDU
Frau Corinna Weinhold	UWG
Herr Heiner Weißborn	SPD
Herr Hubert Wynands	CDU

#### **Abwesende Stadtverordnete**

Frau Karin Fürkötter	SPD
Herr Winand Ruland	CDU
Herr Hüseyin Salin	SPD

#### **Bürgermeister**

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch

#### **Verwaltungsbedienstete**

Herr Erster Stadtbeigeordneter Helmut Mainz	
Herr Dezernent Hans-Peter Gatzen	
Herr Stadtamtsrat Thomas Schröder	
Herr Kämmerer Björn Beeck	
Herr Verwaltungsangestellter Gottfried Mannheims	
Herr Verwaltungsangestellter Thomas de Jong	
Frau Gleichstellungsbeauftragte Adele Müller	bis Ende TOP 5

#### **Schriftführerin**

Frau Stadtamtsfrau Kerstin Schade

**Bürgermeister Jungnitsch** stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest. Er begrüßte die Stadtverordneten, die Vertreter der Verwaltung, die Zuschauer und den Vertreter der Presse.

Er wies auf die Erweiterungen der Tagesordnung um den Punkt 11.1 "Zeitplan für die Feststellung von Jahresabschlüssen" im öffentlichen Teil der Sitzung und die Punkte 18.1 "Kommunaler 2-Achs-Kipper mit Ladekran", 18.2 "Verkauf der Grundstücke Flur 16 Nrn. 997, 1180 und 1612, Burgstraße" und 18.3 "Veräußerung von Teilflächen der Grundstücke Flur 14, Nrn. 633 u. 416" im nichtöffentlichen Teil der Sitzung hin und ließ hierüber abstimmen.

### Beschluss:

Die Tagesordnung wird im öffentlichen Teil um den Punkt 11.1 "Zeitplan für die Feststellung von Jahresabschlüssen" und im nichtöffentlichen Teil um die Punkte 18.1 "Kommunaler 2-Achs-Kipper mit Ladekran", 18.2 "Verkauf der Grundstücke Flur 16 Nrn. 997, 1180 und 1612, Burgstraße" und 18.3 "Veräußerung von Teilflächen der Grundstücke Flur 14, Nrn. 633 u. 416" erweitert.

### Abstimmungsergebnis:

#### Einstimmig

Stadtverordneter **G. Gudduschat** erklärte, dass die CDU-Fraktion am Ende der öffentlichen Sitzung 1 Anfrage an die Verwaltung richten wolle.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass die SPD-Fraktion am Ende der öffentlichen Sitzung 3 Anfragen an die Verwaltung richten wolle.

Stadtverordnete **Appelrath** erklärte, dass die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen am Ende der öffentlichen Sitzung 1 Anfrage an die Verwaltung richten wolle.

**Bürgermeister Jungnitsch** bat die Anwesenden, sich zu einer Schweigeminute für den am 01.07.2013 verstorbenen Stadtdirektor a. D. Josef Etzig zu erheben.

Er sprach folgende Worte:

"Am 02.05.1953 trat Josef Etzig in den Dienst der damaligen Gemeinde und heutigen Stadt Übach-Palenberg.

Von 1968 bis 1972 war er Stadtbeigeordneter und von 1972 bis 1992 Stadtdirektor.

Während seiner langjährigen Dienstzeit, insbesondere während seiner 20-jährigen Amtszeit als Stadtdirektor, engagierte er sich außerordentlich für das Wohl der Stadt Übach-Palenberg und ihrer Bürgerinnen und Bürger.

Ein besonderes Augenmerk legte Josef Etzig auf die Verbesserung des Wohnumfeldes, den Ausbau des Schul- und Kulturwesens und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Auch an der Sanierung der Stadtkerne Übach und Palenberg war er maßgeblich beteiligt.

Josef Etzig stellte die Weichen dafür, dass sich die ehemalige Bergbaugemeinde zu einer modernen Stadt mit einer guten Infrastruktur entwickeln konnte.

Sein Engagement und seine Fachkompetenz sicherten ihm bei seinen Kollegen und Mitarbeitern als auch in der Bürgerschaft bis heute eine hohe Wertschätzung und Anerkennung.

Rat und Verwaltung der Stadt Übach-Palenberg nehmen in Trauer Abschied von dem Verstorbenen und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren."

Anschließend wies **Bürgermeister Jungnitsch** darauf hin, dass die heutige Ratssitzung die letzte sei, an der Dezernent Gatzen vor seinem Eintritt in den Ruhestand teilnehmen werde. Er wolle dies zum Anlass nehmen, sich herzlich bei ihm für seine geleistete Arbeit zu danken und ihm für seinen neuen Lebensabschnitt alles Gute zu wünschen. Hierzu überreichte er Dezernent Gatzen einen Strauß Blumen.

Die Fraktionsvorsitzenden schlossen sich den Dankesworten und den guten Wünschen für die Zukunft an und überreichten Dezernent Gatzen ebenfalls Präsente.

Dezernent **Gatzen** dankte für die freundlichen Worte und lud alle Anwesenden auf ein Glas nach der Ratssitzung ein.

A) **Öffentliche Sitzung**

1. **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 05.06.2013**

---

**Beschluss:**

**Die Niederschrift der Sitzung des Rates vom 05.06.2013 wird genehmigt.**

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig**

2. **Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 29.11.2012 aus öffentlicher Sitzung**

---

**Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 29.11.2012 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.**

3. **4. Tätigkeitsbericht der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Übach-Palenberg**

---

**Bürgermeister Jungnitsch** begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Übach-Palenberg Frau Adele Müller.

Stadtverordnete **Piez** erklärte, an die Gleichstellungsbeauftragte gewandt, Folgendes:

"In Ihrem Vorwort erklären Sie, dass sich die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten u.a. mit „den Problemen arbeitsloser Frauen über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bis hin zu Obdachlosigkeit, Missbrauch und Gewalt gegen Mädchen und Frauen sowie Mobbing und Gesundheitsförderung“ beschäftigt.

Außerdem erwähnen Sie, dass Sie sich nicht "als Einzelkämpferin sehen, sondern als Bestandteil der Verwaltung und der Gesellschaft und als Mitglied verschiedener Netzwerke".

Im Namen der SPD möchte ich mich für Ihre Arbeit bedanken. Dennoch bleiben für uns einige Fragen:

Auf Seite 10, Absatz 3.3 finden wir folgende Aussage: " Aus Zeitgründen konnte die Gleichstellungsbeauftragte nur eine schwerpunktmäßige Überprüfung gleichstellungsrelevanter Inhalte der Einladung zu Rats- und Ausschusssitzungen durchführen."

Unsere Frage: Warum war das nicht möglich? Wie viele Stunden können Sie Ihrer Tätigkeit, besonders den Frauen unserer Stadt widmen?

Seite 34, Absatz 3.8: Weitere Verwaltungsinterne Tätigkeiten

"Die Teilnahme an den Verwaltungsvorstandssitzungen hat nachgelassen, da oftmals keine Einladung mit den angegebenen relevanten Punkten erfolgt ist."

"Es wäre jedoch von Nöten, die Gleichstellungsbeauftragte an allen Entscheidungen rechtzeitig, d.h. bereits bei der Entscheidungsfindung mit einzubeziehen."

Frage an die Verwaltung: Wieso findet dies nicht statt?

"Der Frauenförderplan und ebenso die Fortschreibung des Frauenförderplans sind federführend vom Fachbereich 1 unter Mitwirkung der Gleichstellungsbeauftragten für die Dauer von 3 Jahren zu erstellen."

Frage an die Verwaltung: Wann bekommen wir einen aktuellen Frauenförderplan unter Einbindung der Gleichstellungsbeauftragten? Wie sieht die Personalbesetzung mit Frauen in den Ämtern aus? Und in welchen Positionen?

Weiter würde uns interessieren, in wie weit Sie mit der Problematik von alleinerziehenden Frauen einbezogen sind? Haben Sie Informationen über Betreuungsangebote (Kindergartenplätze, U-3 Betreuung, Tagesmütter) und die Flexibilität der Öffnungszeiten? Finden hierzu Gespräche mit dem Jobcenter statt um eventuelle Probleme rechtzeitig zu erkennen?

Ich gehe nicht davon aus, dass alle Fragen heute beantwortet werden können und bitte die Antworten dem nächsten Protokoll beizufügen."

Bzgl. der Antworten der Gleichstellungsbeauftragten und der Verwaltung wird auf die Anlage zur Niederschrift verwiesen.

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, auch er habe einige Fragen an die Gleichstellungsbeauftragte:

- Wie schwierig schätze sie die Situation des fehlenden Einzelbüros ein?
- Wie viele frauenspezifische Gespräche führe sie verwaltungsintern?
- Er würde sich mehr Präsenz der Gleichstellungsbeauftragten an den Schulen wünschen. Hier sehe er Bedarf. Könnte sie sich das vorstellen?
- Wie stehe sie zum Thema gesetzliche Frauenquote in Führungspositionen?

Benötige Übach-Palenberg eine solche Regelung? Warum seien in der Verwaltung so wenige Frauen in führenden Positionen?

An **Bürgermeister Jungnitsch** stellte er die Frage, warum die Veranstaltung "Frauen im Stress" in Übach-Palenberg abgesetzt worden sei?

Gleichstellungsbeauftragte **Müller** antwortete die Kontaktaufnahme sei momentan erschwert, da sie sich zur Zeit ein Büro mit einer Kollegin teilen müsse, welches stark durch die Kollegenschaft frequentiert werde. Sie habe zwar momentan die Möglichkeit, sich mit Ratsuchenden in ein freies Sitzungszimmer zurückzuziehen, um aber dem Anspruch der Anonymität gerecht zu werden, sei ihr nach Auszug der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jobcenters wieder ein Einzelbüro zugesagt worden.

Eine Quotierung für Frauen in Führungspositionen halte sie bei den vorhandenen Strukturen für schwierig. Auch müsse man sehen, dass nicht alle Frauen in den gehobenen Dienst wollen. Eine entsprechende Förderung sei bei der Stadt gegeben.

Mit Broschüren und Veranstaltungen für Schulen habe sie negative Erfahrungen gemacht. Solche Angebote seien in der Vergangenheit nicht oder kaum beachtet und genutzt worden.

Die Veranstaltung „Frauen im Stress“ ausfallen zu lassen, sei eine Entscheidung aller Hauptverwaltungsbeamten im Kreis Heinsberg gewesen. Sie habe nur in Erkelenz stattgefunden, was sie persönlich sehr bedauerlich finde.

**Bürgermeister Jungnitsch** erklärte in Bezug auf das Thema Frauen in Führungspositionen, dass er darauf achte, dass nach Qualifikation und Qualität ausgesucht werde. Bei den Auszubildenden habe man soweit wie möglich gemischt, um auch hier die Voraussetzung für weitere Frauen in Führungspositionen zu schaffen. Allerdings sei es für ihn persönlich irrelevant, ob Frau oder Mann; die Arbeitsqualität sei für ihn die einzig entscheidende Frage. Insgesamt habe die Verwaltung eine gute Frauenquote.

In Bezug auf die Veranstaltung "Frauen im Stress" könne er nur sagen, dass er für eine andere Lösung gewesen sei, der Kreis die Veranstaltungsreihe jedoch schließlich abgesagt habe.

#### 4. **Bestellung eines Vertreters der evangelischen Kirche für den Ausschuss für Soziales, Bildung und Kultur**

---

##### **Beschluss:**

**Als Vertreter der evangelischen Kirche wird Herr Gerd Schindler in den Ausschuss für Soziales Bildung und Kultur bestellt.**

##### **Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig**

5. **Änderung der Richtlinie zur Verleihung des Kunst- und Kulturpreises der Stadt Übach-Palenberg**

---

**Beschluss:**

Die geänderte Richtlinie zur Verleihung des Kunst- und Kulturpreises der Stadt Übach-Palenberg wird beschlossen (die geänderte Richtlinie ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig**

6. **45. Änderung des Flächennutzungsplanes  
hier: Berichtigung des Flächennutzungsplanes gem. § 13 a Abs. 2 BauGB im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 95 - Marienstraße - 1. Änderung**

---

Die Ausführungen in der Sitzungsvorlage wurden ohne Anmerkungen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

7. **Umsetzung des Haushaltssanierungsplanes; hier: aktueller Umsetzungsstand**

---

Kämmerer **Beeck** verwies auf die nachgereichte Beschlussempfehlung und die ergänzende Begründung hin (diese sind Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschrift enthalten).

Stadtverordneter **G. Gudduschat** erklärte, die CDU-Fraktion werde dem Vorschlag zur Parkraumbewirtschaftung zustimmen, ebenso der Einführung der papierlosen Gremienarbeit in 2014.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, die Einführung der papierlosen Gremienarbeit in 2014 halte sie für sinnvoll. Die vorgeschlagene Parkraumbewirtschaftung in der Schley halte sie jedoch für kontraproduktiv. Man wolle doch gerade diese Freizeitmöglichkeit nach außen interessant machen. Die dadurch ausbleibenden Einnahmen sollte man anderweitig kompensieren.

Stadtverordneter **Bien** ergänzte, die UWG-Fraktion werde in Kürze hierzu einen Alternativvorschlag unterbreiten. Es werfe auf Übach-Palenberg kein gutes Licht, wenn gerade Familien im Rahmen ihrer Freizeitgestaltung zur Kasse gebeten werden.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, auch er halte die Parkraumbewirtschaftung so für nicht beschlussreif. Gerade an dieser Stelle eine Parkraumbewirtschaftung einführen zu wollen halte er für falsch, weil man hiermit fast ausschließlich Familien bestrafe. Und innerhalb der Woche liege der Parkplatz relativ einsam, so dass hier auch die Wahrscheinlichkeit von Vandalismus an den Parkautomaten sehr hoch sei. Zudem würde sich das Parken wohl in die Marienstraße und die Wohn-

gebiete verlagern.

In der ergänzenden Begründung heiße es, man wolle das Konsolidierungsziel u. a. durch stärkere Kontrollen des ruhenden Verkehrs erreichen. Derzeit seien zwei Halbtagskräfte eingesetzt und diese seien voll und ganz ausgelastet. Wie wolle man da noch mehr Kontrollen ermöglichen? Er könne nicht erkennen, wie man durch solche Vorschläge 50.000 € auffangen wolle. Dies halte er nicht für seriös. Er erwarte von der Verwaltung konkrete Vorschläge.

**Bürgermeister Jungnitsch** entgegnete, der Vorschlag sei seriös und umsetzbar. Die Verwaltung könne Vorschläge machen, aber der Haushaltssanierungsplan sei vom Rat beschlossen worden und nur durch erneuten Beschluss des Rates könne eine Veränderung herbeigeführt werden. Er sei der UWG-Fraktion dankbar, wenn sie anbiete, konkrete Alternativvorschläge einzubringen.

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, er habe keine Bauchschmerzen dabei, eine Parkraumbewirtschaftung, wie ursprünglich vorgesehen, in den Geschäftsstraßen einzuführen. Er sehe keine andere Kompensationsmöglichkeit. Aber er sei dagegen, jetzt nur eine kleine Lösung zu beschließen, die sich auf die Parkfläche am Naherholungsgebiet beziehe. Dies mache für ihn keinen Sinn. Auch würde ihn interessieren, wie man eine Steigerung der Kontrollen des ruhenden Verkehrs erreichen wolle.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, die SPD-Fraktion werde die vorliegende Beschlussempfehlung zur Parkraumbewirtschaftung ablehnen. Mit einer Einführung der papierlosen Gremienarbeit nach der Kommunalwahl 2014 erkläre sie sich einverstanden, da es zum jetzigen Zeitpunkt tatsächlich keinen Sinn mehr mache. Allerdings sollte noch in diesem Jahr mit einer Testphase begonnen werden.

Stadtverordneter **Rißmayer** schloss sich seinem Vorredner an. Allerdings sollte das System nach der Testphase dann auch so ausgereift sein, dass man nach der Kommunalwahl 2014 mit der papierlosen Gremienarbeit beginnen könne.

Stadtamtsrat **Schröder** erklärte, es sei geplant, die Einführung der neuen Software im September und der neuen Hardware (voraussichtlich im Oktober) abzuwarten und dann noch bis Ende 2013 mit der Testphase zu beginnen.

**Bürgermeister Jungnitsch** schlug vor, den Punkt Parkraumbewirtschaftung bis zur kommenden Ratssitzung zu vertagen. Dann müsse aber ein endgültiger Beschluss gefasst werden.

Kämmerer **Beeck** wies darauf hin, dass dann voraussichtlich das Konsolidierungsziel für 2013 nicht mehr erreicht werden könne.

### **Beschluss:**

- 1. Der Umsetzungsstand wird zur Kenntnis genommen.**
- 2. Die Entscheidung in Bezug auf die Maßnahme 8 Parkraumbewirtschaftung wird auf die kommende Sitzung vertagt.**
- 3. Die papierlose Gremienarbeit soll aufgrund der Wirtschaftlichkeit in 2014 nach der Kommunalwahl eingeführt werden. Mit einer Testphase**

wird Ende 2013 begonnen.

**Abstimmungsergebnis:**

zu 1: einstimmig

zu 2: einstimmig bei einer Enthaltung

zu 3: einstimmig

8. **Antrag der UWG-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 05.06.2013 betr. Änderung der Satzung der Stadt Übach-Palenberg über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Entwässerungssatzung), hier: § 14 (Dichtheitsprüfung bei privaten Abwasserleitungen)**
- 

Stadtverordnete **Weinhold** erläuterte, da das Land NRW den Wegfall des § 61 a LWG NRW beschlossen habe, entfalle die Rechtsgrundlage für § 14 der städtischen Entwässerungssatzung. Somit sei es nur folgerichtig, diese Regelung in der städtischen Satzung zu streichen.

Stadtverordneter **G. Gudduschat** erklärte, die CDU-Fraktion werde sich diesem Antrag anschließen.

**Beschluss:**

**In der Satzung der Stadt Übach-Palenberg über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Entwässerungssatzung) wird der § 14 "Dichtheitsprüfung bei privaten Abwasserleitungen" ersatzlos gestrichen.**

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig**

9. **Antrag der UWG-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 05.06.2013 betr. Änderung der Satzung der Stadt Übach-Palenberg über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Entwässerungssatzung), hier: § 12 (Ausführung und Anschlussleitungen)**
- 

Stadtverordneter **Bien** erläuterte, den Antrag habe man gestellt, weil die derzeitige Regelung ungerecht für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt sei, da sie keinen Einfluss auf die Dinge haben, die zur Undichtigkeit an Kanälen führen. Es können bereits beim Einbau Fehler entstanden sein. Auch die jeweilige Lage eines Grundstückes könne zur Ungleichbehandlung führen (unterschiedlicher Verkehrsfluss, Bergsenkung, Erdbeben, Baumpflanzungen, etc.). Auf all diese Dinge haben die Anlieger keinen Einfluss.

Stadtverordneter **G. Gudduschat** entgegnete, einige Faktoren seien bei der Antragsstellung nicht berücksichtigt worden: Wenn die Grundstücksanschlussleitun-

gen der öffentlichen Seite zugeschlagen werden, müsse die Stadt also die Kosten übernehmen. Hochgerechnet bedeute dies einen Betrag in Höhe von 20 Mio. Euro. Die Kosten müssten dann auf die Entwässerungsgebühren umgelegt werden, was zu einer 40%igen Erhöhung der Entwässerungsgebühren führen würde. Dies sei unzumutbar.

Es handele sich hier um ein fachlich sehr kompliziertes Thema. Er schlage daher vor, die Angelegenheit an den Fachausschuss zu verweisen, um dort zu beraten, was möglich wäre.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, grundsätzlich handele es sich hier um einen vernünftigen Antrag. Aber da viele Fragen offen seien, könne er hierzu heute keine Entscheidung treffen. Es sei denn, die Verwaltung könne heute umfassend über das Thema aufklären.

**Bürgermeister Jungnitsch** erklärte, es handele sich um ein sehr komplexes Thema. Dieses sollte man ausführlich im Fachausschuss beraten. Ggf. könne man hierzu auch einen Spezialisten einladen.

### **Beschluss:**

**Der Tagesordnungspunkt wird an den zuständigen Fachausschuss verwiesen.**

### **Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig**

## **10. Antrag der UWG-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 06.06.2013 betr. Änderung des Stellenplans 2013**

---

Stadtverordnete **Weinhold** erläuterte, es sei in Bezug auf die Haushaltssanierung ein permanenter Schuldenabbau vorgesehen. Hier stehe die UWG-Fraktion voll und ganz hinter. Deswegen vertrete sie auch die Ansicht, dass eine Stelle, die nicht mehr benötigt werde, gestrichen werden könne. Bei Beibehaltung der Stelle bestehe die Befürchtung, dass eine politisch motivierte Einstellung erfolgen könnte. Sie wolle jedoch klarstellen, dass dies nicht als böartige Unterstellung zu verstehen sei.

Stadtverordneter **G. Gudduschat** erklärte, die CDU-Fraktion werde dem Antrag nicht zustimmen. In der Vergangenheit habe man noch nie im laufenden Haushaltsjahr Stellen aus dem Stellenplan gestrichen. Die Antragsbegründung sei auch nicht stichhaltig. Mit dem Haushaltssanierungsplan habe man bereits die Streichung von 20 Stellen beschlossen. Warum solle man darüber hinaus weitere Stellen streichen? Er vertrete die Meinung, die Verwaltung müsse auch noch handlungsfähig bleiben. Er schlage vor, dass die UWG-Fraktion ihren Antrag heute zurückziehe und man die Angelegenheit im Rahmen der Aufstellung des Stellenplanes 2014 mit berate.

Stadtverordneter **Weißborn** entgegnete, nur weil es so etwas noch nie gegeben habe, bedeute dies nicht, dass es so etwas nicht geben könne. Bürgermeister

Jungnitsch habe in der vergangenen Ratssitzung von einer Neuorganisation der Verwaltung gesprochen. Wenn dadurch Mutmaßungen entstehen, könne er sich nur anschließen.

Seiner Meinung nach müsse man folgendes sehen: der Jugend-, Senioren- und Behindertenbeauftragte habe zum Kreis gewechselt. Jetzt gebe es bei der Stadt niemanden mehr mit solchen Qualifikationen. Würde die derzeit freie Stelle dazu benutzt werden, wieder jemanden für die Erledigung solcher Angelegenheiten einzustellen, würde er dies befürworten, nicht aber wenn man diese Stelle für etwas völlig anderes verwenden wolle.

**Bürgermeister Jungnitsch** dankte Stadtverordneten Weinhold für die Klarstellung. In der Tat habe er bisher keine politisch motivierten Einstellungen vorgenommen und werde dies auch in Zukunft nicht tun. In der Vergangenheit habe man über einen dezidierten Prozess Führungskräfte gemeinschaftlich ausgewählt.

Die Antwort auf die Frage, warum die Stadt einen Justiziar brauche, sei einfach. Die Stadt habe einen solchen Fachmann nicht, die Erfahrung habe aber gezeigt, dass sie einen bräuchte. Mit Wegfall des Dezernenten Gätzen sei geplant zwei Dezernate zu einem zusammenzufassen. Hier könne ein Jurist entlasten. Derzeit müsse der Erste Stadtbeigeordnete juristische Auskünfte geben. Dies könne er aber auf Dauer bei einem so großen Dezernat nicht mehr leisten. Weiterhin könne der Jurist die Stadt vor Gericht vertreten und zudem auch zur Beratung des Rechnungsprüfungsamtes dienen und die Aufgaben der Korruptionsbekämpfung übernehmen.

Stadtverordnete **Thar-Hennes** entgegnete in Bezug auf die Korruptionsbekämpfung, dass jeder Beamte einen Eid abgelegt habe. Alles sei reglementiert und jeder sei sensibilisiert in Bezug auf dieses Thema. Da könne es in diesem Aufgabenbereich nicht viel zu tun geben. Somit stelle sich für sie die Frage, womit sich der Justiziar 240 Arbeitstage im Jahr beschäftigen solle. Viele Städte haben keinen juristischen Beistand. In Übach-Palenberg werden viele Angelegenheiten an konkrete Fachanwälte vergeben. Und das sei auch gut so, da nicht einer auf alles spezialisiert sein könne. Sie wisse einfach nicht, wie man die Juristenstelle ausfüllen wolle.

Stadtverordneter **G. Gudduschat** erklärte, heute gehe es nicht um eine Stellenbesetzung, sondern um die beantragte Streichung einer Stelle. Seiner Meinung nach sollte man den Stellenplan 2013 belassen wie er sei und dann könne man für den Stellenplan 2014 in dieses Thema noch einmal einsteigen.

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, hier kommen viele Aspekte zusammen und er wisse noch nicht, welche Entscheidung er treffen solle. Durch Wegfall des Herrn Dörr gebe es große Baustellen gerade im Bereich der Jugend- und Seniorenarbeit. Deswegen sei sein erster Impuls gewesen, dass er dem Antrag nicht zustimmen könne, weil man wieder einen Kinder-, Jugend- und Seniorenbeauftragten brauche. Wenn er aber jetzt höre, die Stelle werde in dieser Form nicht mehr besetzt, sondern durch einen Juristen, dann sei die Sachlage wieder eine andere.

Stadtamtsrat **Schröder** erläuterte, die Aufgaben des Herrn Dörr werden von den vorhandenen Kollegen des Fachbereiches 4 aufgefangen. Mit Weggang des Herrn

Dörr habe man eine Neuverteilung vorgenommen und die Leitungsposition mit einem Beamten besetzt. Es entstehe offensichtlich der Eindruck, als ob man die frei gewordene Position nicht mehr brauche. Dem sei aber gerade nicht so.

**Bürgermeister Jungnitsch** erklärte, die UWG-Fraktion habe die Befürchtung geäußert, dass man die Sparziele nicht mehr erreiche. Diese Befürchtung sei unbegründet. Die Stadt werde von der Bezirksregierung streng kontrolliert und man habe auch keine Absicht, das Personalentwicklungskonzept nicht einzuhalten. Man müsse sehen, was bereits an Stellen eingespart worden sei und dass darüber hinaus bis 2021 17 weitere Stellen eingespart werden müssen. Er teile die Meinung der Kommunalaufsicht, dass darauf geachtet werden müsse, dass die Kosten für die Inanspruchnahme externer Beratungskräfte nicht über die Kosten für eine Juristenstelle hinausgehen dürfen. Wenn aber trotz aller Sorgfalt der Verwaltung ein juristischer Fehler passiere, liege die Verantwortung beim Rat, wenn dieser die notwendigen Ressourcen nicht zur Verfügung stelle. Dies solle nicht als Drohung, sondern als Hinweis verstanden werden.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, die Diskussionsbeiträge haben gezeigt, dass der Antrag der UWG-Fraktion richtig sei.

Einen Juristen einzustellen heiße nicht, dass man künftig auf externe fachjuristische Beratung verzichten könne. Ein Jurist könne nicht alles.

Stadtverordneter G. Gudduschat habe vorgeschlagen, die Beratung erst mit dem Stellenplan 2014 vorzunehmen. Dies bedeute doch, dass man eine Einstellung noch in 2013 vornehmen wolle.

Stadtverordneter **Rißmayer** schlug vor zu beschließen, dass die Stelle in 2013 nicht besetzt werde und dann die Angelegenheit im Gesamtpaket mit dem Stellenplan für 2014 beraten werde. Er fragte die UWG-Fraktion, ob dieser Vorschlag für sie in Ordnung sei.

Stadtverordneter **Bien** erklärte sich mit dem Vorschlag einverstanden.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, auch er könne sich mit dem Vorschlag des Stadtverordneten Rißmayer anfreunden. Hiermit sei die Intention des Antrages erfüllt.

**Bürgermeister Jungnitsch** erklärte, dass man mit diesem Vorschlag in seine Organisationshoheit eingreife.

Stadtverordneter **Weißborn** entgegnete, wenn der Bürgermeister sich heute bereit erkläre, die Stelle in 2013 nicht mehr zu besetzen, greife man nicht in seine Organisationshoheit ein.

Stadtverordneter **G. Gudduschat** schlug vor, dass die UWG-Fraktion ihren Antrag heute zurückziehe.

**Bürgermeister Jungnitsch** wies darauf hin, dass er die Besetzung der Stelle auch kurzfristig hätte durchziehen können, so dass der Antrag hinfällig geworden wäre. Dies sei aber nicht seine Art. Er habe sein Vorhaben zunächst ganz bewusst gestoppt. Er favorisiere den Vorschlag des Stadtverordneten G. Gudduschat, die UWG-Fraktion möge ihren Antrag zurückziehen und dann werde man

sehen, wie es weitergehe.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, er hätte grundsätzlich auf den Bürgermeister vertraut, dass eine Stellenbesetzung in 2013 nicht mehr vorgenommen werde. Die gerade gehörte Äußerung lasse ihn jedoch zweifeln. Somit sehe er keine andere Möglichkeit als dem Antrag der UWG-Fraktion zuzustimmen.

**Beschluss:**

**Die 1,0 Stelle EG 13, anteilig aufgeteilt auf die Produktbereiche "Soziale Leistungen" und "Kinder-, Jugend- und Familienhilfe" wird ersatzlos gestrichen.**

**Abstimmungsergebnis:**

**14 Ja-Stimmen**

**16 Nein-Stimmen**

**11. Erweiterungen zur Tagesordnung**

---

**11.1 Zeitplan für die Feststellung von Jahresabschlüssen**

---

Kämmerer **Beeck** erläuterte, wie man aus den Daten der Sitzungsvorlage erkennen könne, sei eine frühere Vorlage der Beschlussempfehlung nicht möglich gewesen.

Die Sitzungsvorlage sei die Folge aus dem Erlass des Ministeriums für Inneres und Kommunales vom 27.06.2013.

Als erfreuliche Mitteilung könne er berichten, dass der Jahresabschluss 2009 heute fertig gestellt worden sei.

**Beschluss:**

**Der Rat nimmt den von der Verwaltung aufgestellten Zeitplan für die Abarbeitung der noch fehlenden Jahresabschlüsse sowie die von der Verwaltung dargestellten Risiken zustimmend zur Kenntnis.**

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig**

**12. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters**

---

**Bürgermeister Jungnitsch** teilte mit, dass aus terminlichen Gründen die geplante Ratssitzung vom 26.09.2013 auf den 25.09.2013 vorverlegt werden müsse. Diese Sitzung werde sich informativ mit dem Thema Holding beschäftigen, was voraussichtlich so viel Zeit in Anspruch nehmen werde, dass keine weiteren Tagesordnungspunkte für diese Sitzung vorgesehen seien. Die geplante Sitzung des Haupt-

und Finanzausschusses am 19.09.2013 entfalle. Stattdessen werde für den 09.10.2013 eine Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses angesetzt und für die Ratssitzung am 17.10.2013 seien Tagesordnungspunkte über die Einbringung des Haushaltes hinaus geplant.

- - - - -

**Bürgermeister Jungnitsch** teilte weiterhin mit, dass die Raiffeisenbank eine Spende zugesagt habe, so dass die geplante Gedenkplatte Thorn nun umgesetzt werden könne. Hierzu müssen allerdings noch abschließende Gespräche mit der katholischen Kirche erfolgen.

- - - - -

Kämmerer **Beeck** verwies auf den Antrag der UWG-Fraktion vom 25.10.2012 betr. Systemprüfung im Bau- und Planungsdezernat für alle Baumaßnahmen, die mit erheblichen Mehrkosten abgeschlossen wurden. Die entsprechende Liste sei fertiggestellt und werde als Anlage der Niederschrift beigefügt. Bei der Erstellung der Liste sei man wie folgt vorgegangen: für jede Maßnahme gebe es eine Haushaltsstelle. Bei jeder Haushaltsstelle habe man über den gesamten Zeitraum einer Maßnahme die Ansatzveränderungen dokumentiert und mit den Ist-Zahlen verglichen. Im Ergebnis gebe es keine einzige Maßnahme mit einer Abweichung von mehr als 5 %.

Er wolle darauf hinweisen, wie aufwendig die Erstellung dieser Liste gewesen sei. Insgesamt habe man mehr als 110 Stunden hieran gearbeitet. Der offensichtlich entstandene Eindruck, man habe diesen Prüfauftrag liegen lassen, stimme also nicht. Er habe lediglich sehr viel Zeit in Anspruch genommen. Zudem müsse man sehen, dass gleichzeitig auch viele andere Arbeiten, wie die Erstellung des Jahresabschlusses und die Derivatangelegenheit, erledigt werden mussten.

Stadtverordnete **Weinhold** bedankte sich für die erstellte Liste. Sie erklärte, ihr sei nicht bewusst gewesen, mit wie viel Arbeit dieser Prüfauftrag verbunden gewesen sei.

**Bürgermeister Jungnitsch** verwies auf die Anfrage der UWG-Fraktion in der letzten Ratssitzung betr. Erledigung von Anträgen. Die Antwort mit dem Ergebnis, dass alle beschlossenen Anträge der UWG-Fraktion in der laufenden Wahlperiode erledigt worden seien, sei in Schriftform allen Ratsmitgliedern zugestellt worden. Er fragte, ob hiermit die Anfrage ausreichend beantwortet worden sei.

Stadtverordnete **Weinhold** bestätigte dies.

### 13. Bericht des Kämmerers zur Finanzlage der Stadt Übach-Palenberg

---

Insoweit wird auf die Sitzungsunterlagen verwiesen.

#### Anfragen

---

#### Anfrage der CDU-Fraktion:

Stadtverordneter **G. Gudduschat** verwies auf den Vorfall am Radwandertag und

fragte nach dem aktuellen Stand. Auch fragte er, was getan werden könne, um so etwas künftig zu verhindern.

**Bürgermeister Jungnitsch** antwortete, dass dieser Vorfall ausgesprochen bedauerlich sei. Die Kriminalpolizei ermittle in dem Fall. Sicherlich habe er sich regelmäßig erkundigt, aber er könne sich heute nicht dazu äußern, um das laufende Verfahren nicht zu gefährden. Es sei eine abscheuliche Tat gewesen, die man nicht dulden dürfe. Dank der Zivilcourage der Anwesenden sei es zu einer Festnahme gekommen. Dies habe man auch aus der Presse entnehmen können. Er hoffe, dass sich so etwas nicht wiederhole. Ein großes Polizei- und Ordnungskräfteaufgebot bei sämtlichen Kleinveranstaltungen sei sicherlich nicht möglich; dies dürfte allen klar sein. Aber das, was vorbeugend möglich sei, werde man auf der nächsten Sicherheitskonferenz besprechen.

#### **Anfrage 1 der SPD-Fraktion:**

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, er habe gehört, dass für die Ortsumgebung Scherpenseel von einer neuen Linienführung gesprochen werde. Diese würde ihn interessieren.

**Bürgermeister Jungnitsch** antwortete, diese Änderung sei als Kompromiss in Bezug auf die Befindlichkeiten von Grotenrath überlegt worden. Ob dies überhaupt so kommen werde, stehe überhaupt nicht fest. Die geänderte Linienführung sei zunächst nur als Idee zu sehen. Der Planentwurf werde als Anlage der Niederschrift beigefügt.

#### **Anfrage 2 der SPD-Fraktion:**

Stadtverordneter **Weißborn** fragte, ob sich die Stadt mit einem Grundstücksverkauf Platz Rosny-sous-Bois beschäftige.

**Bürgermeister Jungnitsch** verneinte dies.

Stadtverordneter **Weißborn** fragte nach, ob auch kein Grundstückstausch im Gespräch sei.

**Bürgermeister Jungnitsch** antwortete, derzeit stehen nur Ideen im Raum. Sobald sich hier etwas verdichte, werde man selbstverständlich frühzeitig mit der Gelegenheit in den Ausschuss gehen.

#### **Anfrage 3 der SPD-Fraktion:**

Stadtverordneter **Overländer** wies darauf hin, dass aufgrund der Witterung derzeit das Unkraut sprieße, so dass bereits die Verkehrssicherheit gefährdet werde. Er bitte die Stadt, ihrer Verkehrssicherungspflicht nachzukommen.

**Bürgermeister Jungnitsch** antwortete, dass man, wie ja nun alle wissen, unter dem Druck des Stärkungspaktes die externe Beauftragung für die Pflege des

Straßenbegleitgrüns auf 2 Maßnahmen im Jahr reduzieren musste. Mit dieser neuen Situation müsse man nun zurechtkommen. Natürlich werde die Stadt ihrer Verkehrssicherungspflicht nachkommen. Aber letztendlich könne die Lösung auf Dauer nicht das ständige Schneiden durch den Technischen Betrieb sein, sondern eine Umgestaltung des Straßenbegleitgrüns, die weniger Pflegeaufwand verursache.

**Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen:**

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, er habe gehört, dass es ein neues Gutachten in Bezug auf die Geruchsemission der Firma Polythex gebe und fragte, ob die Inhalte bekannt seien.

Erster Stadtbeigeordneter **Mainz** bestätigte, dass es ein neues Gutachten gebe. Dies liege zur Prüfung beim Kreis Heinsberg und werde derzeit dort nichtöffentlich diskutiert.

**Bürgermeister Jungnitsch** schloss um 20.14 Uhr die öffentliche Sitzung.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss **Bürgermeister Jungnitsch** um 21.14 Uhr die Sitzung.

Jungnitsch  
Bürgermeister

Schade  
Schriftführerin